



**HECKER WERNER HIMMELREICH**  
**Rechtsanwälte Partnerschaft mbB**

**Vergaberecht und Bauprojekte in  
Krisenzeiten:**

**Preisgleitklauseln – insbesondere  
Formblatt 225 und Preisklauselgesetz**

**Informationsveranstaltung  
am 20.04.2023**

# Preisgleitklauseln

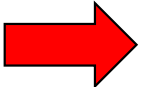
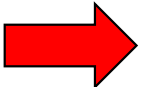
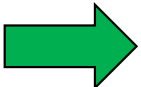
- I. Preisklauselgesetz
- II. Vergaberechtliche Beurteilung
- III. AGB-Recht
- IV. Formblatt 225

## I. Preisklauselgesetz (PreisklG)

- Grundsatz § 1 Abs. 1 PreisklG:

Der Betrag von **Geldschulden** darf nicht durch den **Preis oder Wert** von anderen Gütern bestimmt werden, die nicht mit der **vereinbarten Leistung vergleichbar** sind.

- Ausnahme nach Abs. 2 für:

-  Leistungsvorbehaltsklauseln
-  Spannungsklauseln
-  Kostenelementeklauseln

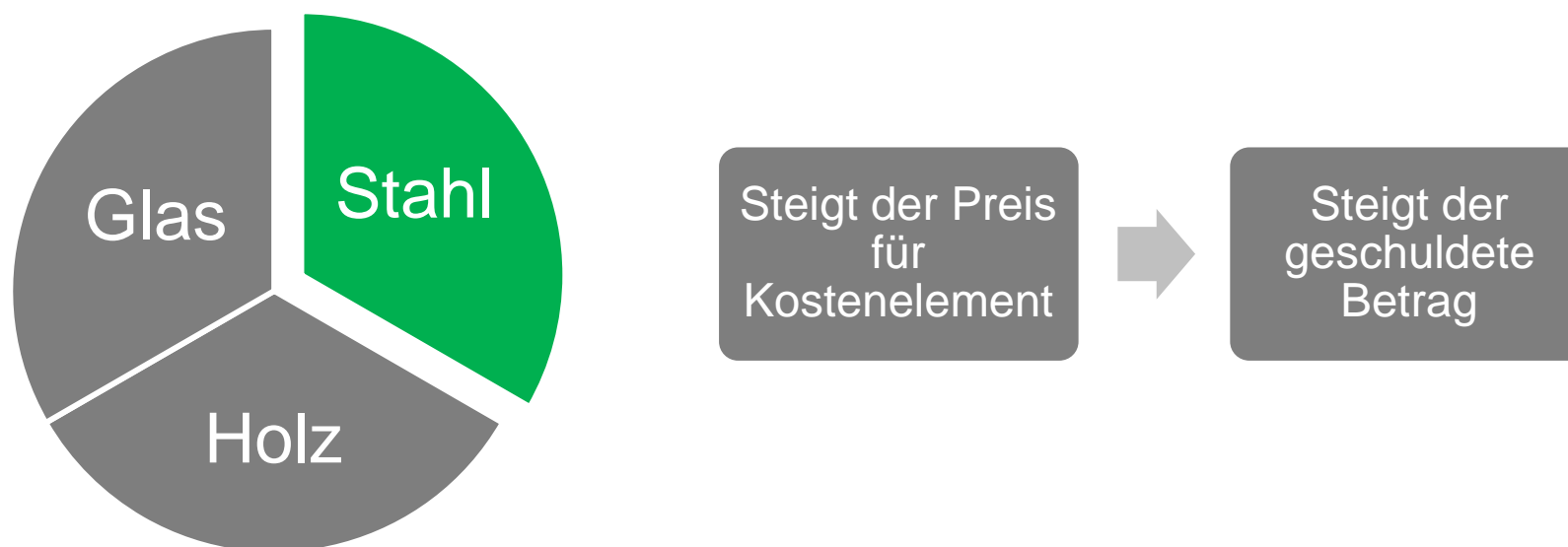
# I. Preisklauselgesetz (PreisklG)

## § 8 PreisklG

*„Die Unwirksamkeit der Preisklausel tritt zum **Zeitpunkt des rechtskräftig festgestellten Verstoßes** gegen dieses Gesetz ein, soweit nicht eine frühere Unwirksamkeit vereinbart ist. Die **Rechtswirkungen** der Preisklausel bleiben bis zum Zeitpunkt der Unwirksamkeit **unberührt.**“*

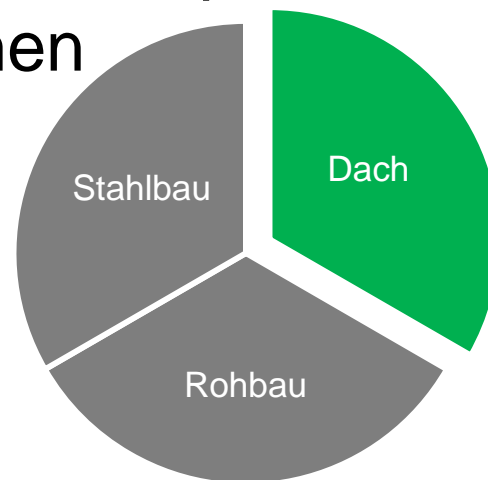
## I. Stoffpreisgleitklauseln

- Stoffpreisgleitklauseln (Formblätter VHB 225 und 225a) sind regelmäßig **Kostenelementeklauseln**
- Geschuldeter Betrag hängt von Entwicklung einzelner Preiselemente ab



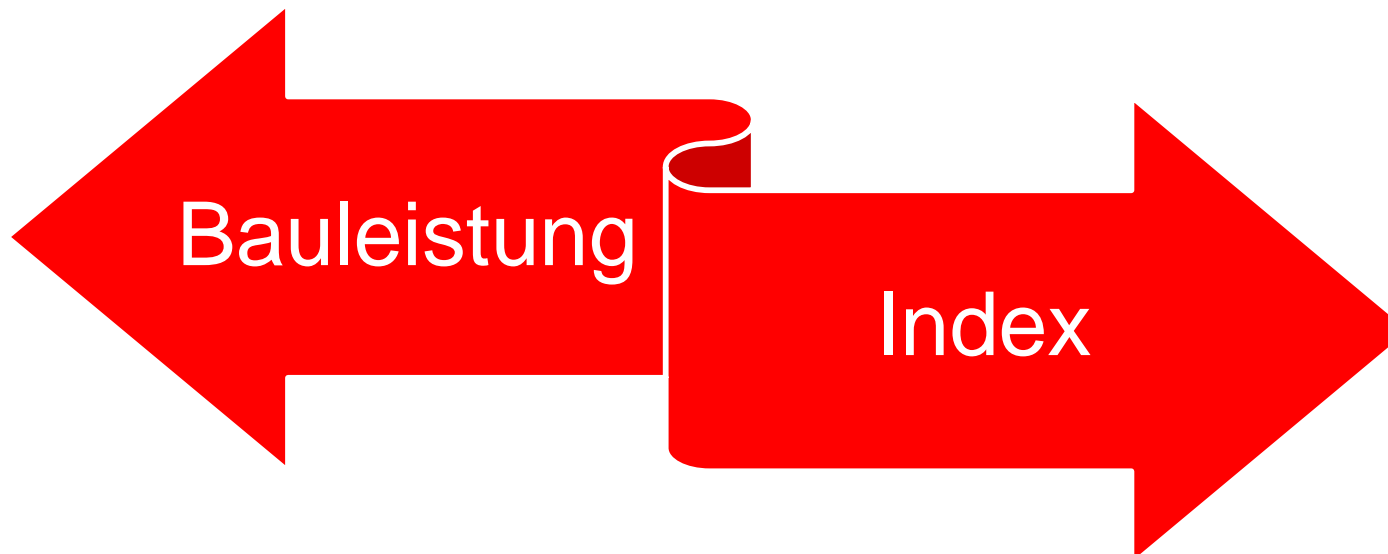
## I. Gewerkeweise Preisgleitung

- Aber auch eine gewerkeweise Anpassung ist denkbar und wäre **Kostenelementeklausel**
- Nur bei fremdvergebenen Gewerken/unmittelbare Kosten
- Außerdem muss entsprechender Index zur Verfügung stehen



## I. Allgemeine Preisgleitklausel

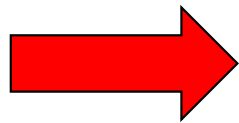
- Weder **Kostenelementeklausel** noch **Leistungsvorbehaltsklausel**
- **Spannungsklausel** nur, wenn die Leistungen gleichartig oder vergleichbar sind



## II. Vergaberechtliche Beurteilung

Maßgeblich § 9d (EU) VOB/A :

Veränderung der Vergütung möglich, wenn



Änderung der Preisermittlungs-  
grundlage zu erwarten



Ungewissheit der Änderung



wesentliche Änderung



## II. Vergaberechtliche Beurteilung

Vergaberecht schränkt die Art der Klausel nicht ein.  
Die Klauseln können daher folgenden Inhalt haben:

Lohn

Material

Gewerke

Transportkosten

## III. AGB-Recht

- Grundsätzlich gelten Preisgleitklauseln als **AGB**
- Daher ist eine AGB-Prüfung nach den §§ 307 ff. BGB durch die Gerichte möglich
- § 8 PreisklG spezieller als § 306 BGB
  - Verstoß zunächst **ohne faktische Folge**

### III. AGB-Recht

**BGH, Urt. v.  
1.10.2014 –  
VII ZR 344/13**

- Stoffpreisgleitklausel ist eine überraschende Klausel
- Auftragnehmer musste für die Kalkulation von üblichen Grundsätzen abweichen
- Nur Marktpreis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung maßgeblich

**BGH, Urt. v.  
25.1.2018 –  
VII ZR  
2019/14**

- Bestätigte seine vorherige Rechtsprechung
- Auch eine Branchenüblichkeit ändert nichts daran, dass die Klausel überraschend ist

## IV. Formblatt VHB 225

**225**  
(Stoffpreisgleitklausel – Einheitliche Fassung)

	Vergabenummer	Datum
Baumaßnahme		
Leistung		

### Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel

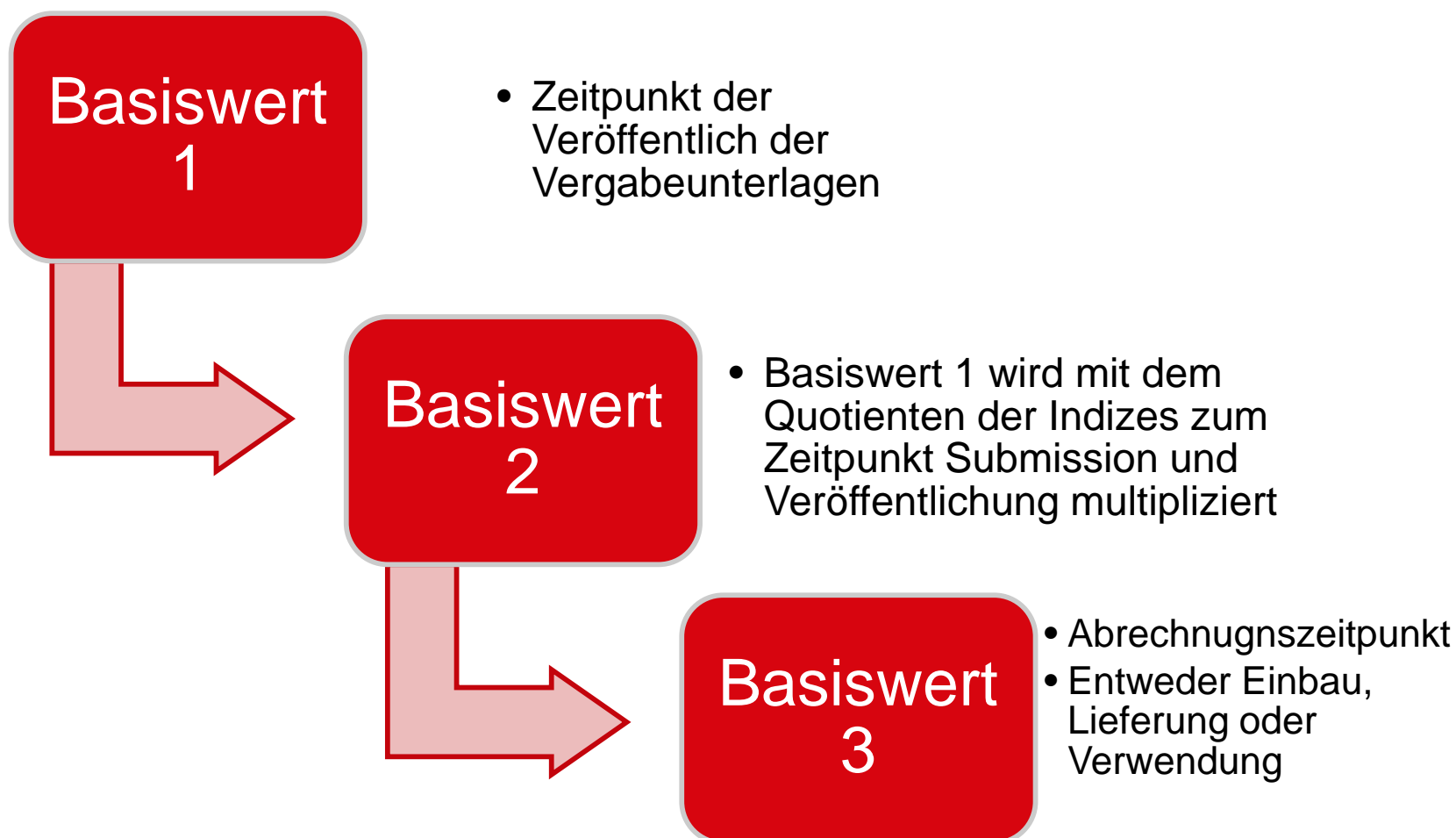
Für die nachstehend aufgeführten Stoffe, begrenzt auf die in den in Spalte 2 genannten Teilleistungen (OZ) verwendeten Stoffe, werden bei Änderung der Preise die Mehr- oder Minderaufwendungen gemäß der "Stoffpreisgleitklausel" erstattet.

Abrechnungszeitpunkt  
Einbau = Stoff ist mit dem Grundstück (Baugrund) fest verbunden worden.  
Lieferung = Stoff ist auf der Baustelle angeliefert worden.  
Verwendung = Stoff ist unabhängig von den Begrifflichkeiten des BGB bei der Herstellung einer beweglichen Sache, die nicht mit dem Grundstück (Baugrund) fest verbunden ist, so eingesetzt worden, dass er seine bisherige Eigenständigkeit verloren hat oder der Stoff ist bei der Leistungserbringung als Betriebsstoff verbraucht worden.

Stoffe	Verwendung bei OZ	GP-Nummer	Basiswert 1 [z.B. Euro / t (netto)] nach Nr. 3.1 zum Zeitpunkt: _____ [MM/JJJJ]	Abrechnungs- zeitpunkt, Abrechnungs- einheit (z.B. Verbrauch in ltr/m <sup>3</sup> ), Sonstiges
1	2	3	4	5

- Basiswert 1 wird eingetragen
- Basiswert 2 wird durch Fortschreibung des BW 1 ermittelt
- Basiswert 3 wird ebenfalls fortgeschrieben

## IV. Formblatt VHB 225



## IV. Formblatt VHB 225a

**225a**  
(Stoffpreisgleitklausel ohne Basiswert 1)

Name Bieter

	Vergabenummer	Datum
Baumaßnahme		
Leistung		

### Verzeichnis für Stoffpreisgleitklausel

Für die nachstehend aufgeführten Stoffe, begrenzt auf die in den in Spalte 2 genannten Teilleistungen (OZ) verwendeten Stoffe, werden bei Änderung der Preise die Mehr- oder Minderaufwendungen gemäß der "Stoffpreisgleitklausel" erstattet.

Abrechnungszeitpunkt  
 Einbau = Stoff ist mit dem Grundstück (Baugrund) fest verbunden worden.  
 Lieferung = Stoff ist auf der Baustelle angeliefert worden.  
 Verwendung = Stoff ist unabhängig von den Begrifflichkeiten des BGB bei der Herstellung einer beweglichen Sache, die nicht mit dem Grundstück (Baugrund) fest verbunden ist, so eingesetzt worden, dass er seine bisherige Eigenständigkeit verloren hat oder der Stoff ist bei der Leistungserbringung als Betriebsstoff verbraucht worden.

Stoffe	Verwendung bei OZ	GP-Nummer	Stoffpreis ohne AGK, BGK und W+G [z.B. Euro/t (netto)] <b>Vom Bieter anzugeben:</b>	Abrechnungszeitpunkt, Abrechnungseinheit (z.B. Verbrauch in l/m <sup>3</sup> ), Sonstiges
1	2	3	4	5

- Basiswert 1 entfällt
- Basiswert 2 wird durch Bieter eingetragen
- Basiswert 3 wird ermittelt



HECKER  
WERNER  
HIMMELREICH  
RECHTSANWÄLTE

**HECKER WERNER HIMMELREICH**  
**Rechtsanwälte Partnerschaft mbB**

**Vergaberecht und Bauprojekte in  
Krisenzeiten:**

**Das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz**

**Informationsveranstaltung  
am 20.04.2023**

## Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

- Erlassen am 16.07.2021
- BGBl. I S. 2959
- In Kraft getreten überwiegend am 01.01.2023,  
teilweise am 01.01.2024



## LkSG: Fragestellungen

- Welches **Ziel** verfolgt das Gesetz?
- Wer sind die **Adressaten**?
- Welche **Verpflichtungen** werden begründet?
- Welche Bedeutung hat das Gesetz für **Vergaben** öffentlicher Auftraggeber?

## LkSG: Zielsetzungen

- **Verbesserung der weltweiten Menschenrechtsslage** entlang von Lieferketten
- Von Unternehmen ist zu erwarten, dass sie die Grundsätze der international anerkannten Menschenrechte achten, soweit es in Anbetracht der Umstände möglich ist.
- Nationaler Aktionsplan 2016: haben nur 13-17 % der Unternehmen erfüllt

## LkSG: gesetzgeberische Lösung

- (noch) kein EU-rechtlicher Hintergrund
- Sorgfaltspflichten = **Bemühenspflicht**
- **keine Erfolgspflicht**
- **keine Garantieverantwortung**

## LkSG: Wer ist verpflichtet?

- **Unternehmen**
- mit Sitz im **Inland**
- und in der Regel mindestens **3.000 Arbeitnehmern**
- verbundene Unternehmen (§ 15 AktG):  
Arbeitnehmer konzernangehöriger  
Gesellschaften sind bei der Obergesellschaft zu  
berücksichtigen (nicht umgekehrt)
- 01.01.2024: Senkung der Schwelle auf **1.000 Arbeitnehmer**

## LkSG: allgemeine Sorgfaltspflicht

- Unternehmen sind dazu verpflichtet, in ihren Lieferketten die im LkSG geregelten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Sorgfaltspflichten **in angemessener Weise** zu beachten
- Mit dem Ziel, menschenrechtlichen und umweltbezogenen **Risiken vorzubeugen** oder sie zu **minimieren** oder die Verletzung menschenrechtsbezogener oder umweltbezogener Pflichten zu **beenden** (§ 1 Abs. 1 LkSG)

## LkSG: Inhalte der Sorgfaltspflichten

- **Risikomanagement** (§ 4 Abs. 1)
- Festlegung einer betriebsinternen Zuständigkeit:  
Benennung eines  
**Menschenrechtsbeauftragten** (§ 4 Abs. 3)
- **Risikoanalyse**, 1x jährlich und anlassbezogen,  
auch bezüglich unmittelbarer Zulieferer (§ 5)

## LkSG: Inhalte der Sorgfaltspflichten

- Abgabe einer **Grundsatzklärung** (§ 6 Abs. 2)
- Verankerung von **Präventionsmaßnahmen** bei Bestehen von Risiken, auch gegenüber **unmittelbaren Zulieferern** (§ 6 Abs. 1, Abs. 3, Abs. 4)

## LkSG: Inhalte der Sorgfaltspflichten

- Ergreifen von **Abhilfemaßnahmen** (§ 7 Abs. 1 bis 3) bei bereits eingetretenen oder unmittelbar bevorstehenden Verletzungen; eigener Geschäftsbereich: Beendigung der Verletzung
- Keine Pflicht zum Abbruch der Geschäftsbeziehung, wenn ausländischer Staat internationale Regeln nicht beachtet



## LkSG: Beschwerdeverfahren

- Einrichtung eines **unternehmensinternen Beschwerdeverfahrens** (§ 8)
- Mit öffentlich zugänglicher Beschwerdeordnung in Textform
- Zuständige Personen handeln unparteiisch, sind an Weisungen nicht gebunden

## mittelbare Zulieferer: anlassbezogene Sorgfaltspflichten

- Beschwerdeverfahren betrifft auch Verstöße durch mittelbare Zulieferer
- Bei **substantiiertes Kenntnis** von Verstößen: insbesondere angemessene Präventionsmaßnahmen erforderlich

## LkSG: Sanktionen

- Nichtbeachtung der Pflichten durch die Unternehmen: Ordnungswidrigkeiten
- Bußgelder: bis zu **EUR 800.000**
- Bei Jahresumsatz von mehr als EUR 400 Mio.: bis zu 2 % des durchschnittlichen Weltjahresumsatzes der letzten 3 Jahre

## LkSG: Relevanz in öffentlichen Vergabeverfahren?

- Bei Geldbuße ab **EUR 175.000**:
- **Ausschluss** von der Teilnahme an öffentlichen Vergabeverfahren
- ober- und unterschwellig
- Während angemessenem Zeitraum bis zu 3 Jahren
- **Soll-Vorschrift: § 22 LkSG**
- Es gibt Eintrag ins Wettbewerbsregister (§ 2 Abs. 1 Nr. 4 WRegG)

## LkSG: Sind öffentliche Auftraggeber selbst “Unternehmen“ i. S. d. LkSG?

- Funktionaler Unternehmensbegriff
- = **jede Einheit, die am Markt tätig ist**
- Markttätigkeit: Herstellung und Verwertung von Produkten oder Erbringung von Dienstleistungen auf einem Markt
- Kennzeichen: **Wettbewerb**

## LkSG: Sind öffentliche Auftraggeber selbst “Unternehmen“ i. S. d. LkSG?

- Gewinnerzielungsabsicht nicht erforderlich
- Ungeachtet der Rechtsform
- Keine Unternehmen: „juristische Personen des öffentlichen Rechts, die Verwaltungsaufgaben einer Gebietskörperschaft wahrnehmen, soweit sie nicht **am Markt unternehmerisch tätig sind**“

Herzlichen Dank für  
Ihre Aufmerksamkeit!

**Dr. Norbert Reuber**

Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht

**David Poschen**

Rechtsanwalt  
Fachanwalt für Vergaberecht

**Alexander Thesling**

Rechtsanwalt

HECKER WERNER HIMMELREICH  
Rechtsanwälte Partnerschaft mbB  
Sachsenring 69  
50677 Köln

Telefon: +49 (0)2 21 / 92 08 1 147

E-Mail: [rb@hwlaw.de](mailto:rb@hwlaw.de)  
[dp@hwlaw.de](mailto:dp@hwlaw.de)  
[tg@hwlaw.de](mailto:tg@hwlaw.de)

Internet: [www.hwlaw.de](http://www.hwlaw.de)



HECKER  
WERNER  
HIMMELREICH  
RECHTSANWÄLTE